



ÜBERNAHMERELEVANTE ANGABEN UND ERLÄUTERUNGSBERICHT

(Stand: 31. März 2021)

1. ANGABEN ZUM KAPITAL DER RIB SOFTWARE SE

Das Grundkapital der RIB Software SE beträgt zum 31. Dezember 2020 EUR 52.091.159,00 und ist eingeteilt in 52.091.159 Stammaktien im Nennbetrag von je EUR 1,00. Die Aktien lauten auf den Namen. Jede Aktie gewährt eine Stimme und ist mit den gleichen Rechten und Pflichten ausgestattet. Der Anspruch der Aktionäre auf Verbriefung ihrer Anteile sowie auf etwaige Gewinnanteil- und Erneuerungsscheine ist ausgeschlossen.

Soweit uns aus den vorliegenden Mitteilungen gemäß WpHG bekannt ist, hielten zum Bilanzstichtag die Schneider Electric SE, Rueil-Malmaison, Frankreich (aufgrund der Zurechnung von Stimmrechten der Schneider Electric Investment AG über die Schneider Electric Industries SAS und der Zurechnung von Stimmrechten von Herrn Mads Bording Rasmussen, Frau Carla Sauer, Herrn Michael Sauer, Herrn Thomas Wolf und Frau Yvonne Wolf) sowie - alle aufgrund der Zurechnung von Stimmrechten der Schneider Electric Investment AG - die Geschäftsführenden Direktoren der Gesellschaft Herr Thomas Wolf, Singapur, Herr Michael Sauer, Deutschland, und Herr Mads Bording Rasmussen, Dänemark, sowie die Ehefrauen von Herrn Wolf und Herrn Sauer, Frau Yvonne Wolf, Singapur und Frau Carla Sauer, Deutschland, direkt oder indirekt Beteiligungen am Grundkapital der RIB Software SE, die 10% der Stimmrechte übersteigen. Beteiligungen, die nach § 33 Abs. 1 oder Abs. 2 WpHG mitgeteilt worden sind, werden gemäß § 160 Abs. 1 Nr. 8 AktG im Anhang zum Jahresabschluss der RIB Software SE im Abschnitt E.5. „Mitteilungen nach dem Wertpapierhandelsgesetz“ dargestellt. Wegen den nach § 160 Abs. 1 Nr. 2 AktG zu den eigenen Aktien zu machenden Angaben, verweisen wir auf Abschnitt C.5. im Anhang zum Jahresabschluss der RIB Software SE.

Die Gesellschaft hat eine monistische Unternehmensführungsstruktur im Sinne des Art. 38 lit. b) Alt. 2 der Verordnung (EG) Nr. 2157/2001 des Rates vom 8. Oktober 2001 über das Statut der Europäischen Gesellschaft (SE) (die SE-Verordnung, „SE-VO“). Die Verwaltungsratsmitglieder werden von der Hauptversammlung bestellt gem. Art. 43 Abs.3, Art. 46 SE-VO, § 6 Abs. 3, 4 der Satzung für eine Amtszeit von höchstens sechs Jahren. Wiederbestellungen sind zulässig. Auf der Grundlage der Art. 43 Abs. 4 SE-VO, § 40 Abs. 1 des Gesetzes vom 22. Dezember 2004 zur Ausführung der SE-VO (das Ausführungsgesetz,

„SEAG“) und § 12 der Satzung bestellt der Verwaltungsrat einen oder mehrere Geschäftsführende Direktoren. Geschäftsführende Direktoren können nach Art. 9 Abs. 1 SE-VO, § 40 Abs. 5 Satz 1 SEAG i.V.m. § 12 Abs. 5 der Satzung nur aus wichtigem Grund im Sinne von § 84 Abs. 3 AktG oder im Fall der Beendigung des Anstellungsvertrages abberufen werden, wofür jeweils eine Beschlussfassung des Verwaltungsrats mit einer Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen erforderlich ist.

Änderungen der Satzung beschließt die Hauptversammlung mit einer Mehrheit, die mindestens drei Viertel des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals umfasst, Art. 59 Abs. 1, 2 SE-VO, § 51 SEAG, § 18 Abs. 6 der Satzung, § 179 Abs. 1, 2 AktG.

Der Verwaltungsrat wurde durch Beschluss der Hauptversammlung vom 15. Mai 2018 ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 14. Mai 2023 ein- oder mehrmalig um insgesamt bis zu EUR 13.670.219,00 durch Ausgabe von bis zu 13.670.219 neuen auf den Namen lautenden Aktien mit einem Nennbetrag von EUR 1,00 je Aktie gegen Bar- und/oder Sacheinlagen zu erhöhen („Genehmigtes Kapital 2018“). Die neuen Aktien sind den Aktionären grundsätzlich zum Bezug anzubieten; sie können auch von einem Kreditinstitut oder einem nach § 53 Abs. 1 Satz 1 oder § 53b Abs. 1 Satz 1 oder Abs. 7 des Gesetzes über das Kreditwesen (KWG) tätigen Unternehmen mit der Verpflichtung übernommen werden, sie den Aktionären zum Bezug anzubieten.

Der Verwaltungsrat ist jedoch ermächtigt, das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen,

(1) soweit dies zum Ausgleich von Spitzenbeträgen erforderlich ist;

(2) um in geeigneten Fällen Unternehmen, Unternehmensteile oder Beteiligungen an Unternehmen oder sonstige Wirtschaftsgüter, einschließlich Forderungen, gegen Überlassung von Aktien zu erwerben;

(3) soweit bei einer Barkapitalerhöhung der Anteil des Grundkapitals, der auf die neuen Aktien entfällt, für die das Bezugsrecht ausgeschlossen wird, sowohl im Zeitpunkt des Wirksamwerdens als auch im Zeitpunkt der Ausübung der Ermächtigung insgesamt zehn vom Hundert des Grundkapitals nicht übersteigt und der Ausgabebetrag der neuen Aktien den Börsenpreis der Aktien der Gesellschaft gleicher Ausstattung nicht wesentlich im Sinne der §§ 203 Abs. 1 und 2, 186 Abs. 3 Satz 4 AktG unterschreitet; auf diese Zehn-vom-Hundert-Grenze ist anzurechnen (i) der Anteil des Grundkapitals, der auf eigene Aktien entfällt, die ab Wirksamwerden der dem Genehmigten Kapital 2018 zugrundeliegenden Ermächtigung in unmittelbarer bzw. sinngemäßer Anwendung des § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG veräußert werden, sowie (ii) derjenige Anteil des Grundkapitals, der auf Aktien entfällt, auf den sich Wandlungs- und/oder Optionsrechte bzw. Wandlungspflichten aus Schuldverschreibungen und anderen von § 221 AktG erfassten Instrumenten beziehen, die unter Ausschluss des Bezugsrechts nach § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG begeben werden.

Der Anteil des Grundkapitals, der auf die neuen Aktien entfällt, für die das Bezugsrecht nach den vorstehenden Ziffern (1) bis (3) ausgeschlossen wird, darf sowohl im Zeitpunkt des Wirksamwerdens als

auch im Zeitpunkt der Ausübung der Ermächtigung insgesamt zwanzig vom Hundert des Grundkapitals der Gesellschaft nicht übersteigen. Auf die vorstehende Zwanzig-vom-Hundert-Grenze bezüglich aller Möglichkeiten zum Ausschluss des Bezugsrechts nach den vorstehenden Ziffern (1) bis (3) sind Aktien anzurechnen, die (i) ab dem 15. Mai 2018 aufgrund der Ermächtigung zur Verwendung eigener Aktien gemäß §§ 71 Abs. 1 Nr. 8 Satz 5, 186 Abs. 2 Satz 4 AktG unter Ausschluss eines Bezugsrechts, das heißt anders als durch Veräußerung über die Börse oder durch ein an alle Aktionäre gerichtetes Angebot, verwendet werden oder (ii) sich auf die Wandlungs- und/oder Optionsrechte bzw. Wandlungspflichten aus Schuldverschreibungen und anderen von § 221 AktG erfassten Instrumenten beziehen, die ab dem 15. Mai 2018 unter Ausschluss des Bezugsrechts begeben werden.

Über die Ausgabe der neuen Aktien, den Inhalt der Aktienrechte und die Bedingungen der Aktienaussgabe entscheidet im Übrigen der Verwaltungsrat.

Der Verwaltungsrat ist ermächtigt, die Fassung der Satzung entsprechend dem Umfang der Kapitalerhöhung aus dem genehmigten Kapital anzupassen.

Das Grundkapital der Gesellschaft ist um bis zu EUR 2.291.404,00 bedingt erhöht durch Ausgabe von bis zu 2.291.404 neuen auf den Namen lautenden Aktien mit einem Nennbetrag von EUR 1,00 je Aktie („Bedingtes Kapital 2020/I“). Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, als gemäß dem Aktienoptionsprogramm 2011 nach Maßgabe des Beschlusses der Hauptversammlung vom 20. Mai 2011 (in der Fassung des Beschlusses der Hauptversammlung vom 04. Juni 2013), dem Aktienoptionsprogramm 2015 nach Maßgabe des Beschlusses der Hauptversammlung vom 10. Juni 2015 oder dem Aktienoptionsprogramm 2020 nach Maßgabe des Beschlusses der Hauptversammlung vom 26. Juni 2020 Bezugsrechte ausgegeben wurden, die Inhaber der Bezugsrechte von ihrem Ausübungsrecht Gebrauch machen und die Gesellschaft zur Erfüllung der Bezugsrechte keine eigenen Aktien gewährt oder eine Geldzahlung leistet. Für die Gewährung und Abwicklung von Bezugsrechten an Mitglieder des Vorstands der früheren RIB Software AG sowie für die Gewährung und Abwicklung von Bezugsrechten an Geschäftsführende Direktoren ist ausschließlich der Verwaltungsrat zuständig, und für die Gewährung von Bezugsrechten an die übrigen Berechtigten sind die Geschäftsführenden Direktoren zuständig. Die Ausgabe der Aktien aus dem Bedingten Kapital 2020/I erfolgt zu dem in der jeweils maßgeblichen Ermächtigung bestimmten Ausübungspreis als Ausgabebetrag. Die neuen Aktien nehmen vom Beginn des Geschäftsjahres an, in dem die Ausgabe erfolgt, am Gewinn teil.

Das Grundkapital ist ferner um bis zu EUR 5.153.022,00 durch Ausgabe von bis zu 5.153.022 neuen auf den Namen lautenden Aktien im Nennbetrag von jeweils EUR 1,00 bedingt erhöht („Bedingtes Kapital 2018“). Die bedingte Kapitalerhöhung dient der Gewährung von auf den Namen lautenden Aktien an die Inhaber bzw. Gläubiger von Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen, Genussrechten und/oder Gewinnschuldverschreibungen (bzw. Kombinationen dieser Instrumente), die aufgrund der von der

Hauptversammlung vom 15. Mai 2018 unter Tagesordnungspunkt 11 beschlossenen Ermächtigung von der Gesellschaft oder deren unmittelbaren oder mittelbaren in- oder ausländischen Mehrheitsbeteiligungsgesellschaften begeben werden und ein Wandlungs- bzw. Optionsrecht oder eine Wandlungspflicht in bzw. auf neue, auf den Namen lautende Aktien der Gesellschaft gewähren bzw. begründen. Die bedingte Kapitalerhöhung ist nur insoweit durchzuführen, wie von Options- bzw. Wandlungsrechten Gebrauch gemacht wird, wie die zur Wandlung verpflichteten Inhaber bzw. Gläubiger ihre Pflicht zur Wandlung erfüllen oder wie Andienungen von Aktien aufgrund von Ersetzungsbefugnissen der Gesellschaft erfolgen und soweit nicht eigene Aktien oder neue Aktien aus einer Ausnutzung eines Genehmigten Kapitals zur Bedienung eingesetzt werden. Die neuen auf den Namen lautenden Aktien nehmen vom Beginn des Geschäftsjahrs an, in dem sie durch Ausübung von Options- bzw. Wandlungsrechten oder durch die Erfüllung von Wandlungspflichten oder die Ausübung von Andienungsrechten entstehen, am Gewinn teil. Der Verwaltungsrat ist ermächtigt, die weiteren Einzelheiten der Durchführung der bedingten Kapitalerhöhung festzusetzen.

Die von der Hauptversammlung vom 15. Mai 2018 unter Tagesordnungspunkt 11 beschlossene bedingte Kapitalerhöhung konnte nur bis zum Ablauf des 14. Mai 2020 umgesetzt werden. Da dies nicht erfolgt ist, hat der Verwaltungsrat am 18. Februar 2021 beschlossen, die Satzungsregelung zum Bedingten Kapital 2018 ersatzlos zu streichen. Der Verwaltungsrat ist nach § 8 Abs. 3 der Satzung der RIB Software SE ermächtigt, Änderungen der Satzung zu beschließen, die nur die Fassung betreffen.

Die Gesellschaft ist durch Beschluss der Hauptversammlung vom 15. Mai 2018 ermächtigt, bis zum 14. Mai 2023 eigene Aktien im Umfang von bis zu insgesamt 10 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung bestehenden Grundkapitals der Gesellschaft zu erwerben. Die Ermächtigung darf von der Gesellschaft nicht zum Zweck des Handels in eigenen Aktien genutzt werden. Die Einzelheiten ergeben sich aus dem unter TOP 9 der am 05. April 2018 im Bundesanzeiger bekanntgemachten Beschlussvorschläge.

2. ANGABEN ZUR ERNENNUNG ODER ABBERUFUNG DER GESCHÄFTSFÜHRENDEN DIREKTOREN UND ÜBER DIE ÄNDERUNG DER SATZUNG

Hinsichtlich der Ernennung und Abberufung von Geschäftsführenden Direktoren wird auf die anzuwendenden gesetzlichen Vorschriften des § 40 SEAG verwiesen. Darüber hinaus bestimmt § 12 Abs. 1 der Satzung, dass der Verwaltungsrat einen oder mehrere Geschäftsführende Direktoren bestellt. Der Verwaltungsrat kann gemäß § 12 Abs. 2 der Satzung einen der Geschäftsführenden Direktoren zum Chief Executive Officer und einen oder zwei zu Deputy Chief Executive Officer(s) ernennen. Der Verwaltungsrat kann gemäß § 12 Abs. 3 der Satzung auch stellvertretende Geschäftsführende Direktoren bestellen. Geschäftsführende Direktoren können gemäß § 12 Abs. 5 der Satzung der RIB Software SE nur aus wichtigem Grund im Sinne von § 84 Abs. 3 AktG oder im Fall der Beendigung ihres Anstellungsvertrags

abberufen werden, wofür jeweils eine Beschlussfassung des Verwaltungsrats mit einer Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen erforderlich ist.

Die Vorschriften zur Änderung der Satzung sind gemäß Art. 9 Abs. 1 lit. c) (ii), Art. 59 SE-VO, § 51 SEAG in den §§ 133, 179 AktG geregelt. Der Verwaltungsrat ist ermächtigt, Änderungen der Satzung zu beschließen, die nur die Fassung betreffen (§ 8 Abs. 3 der Satzung).

3. ÜBERNAHMERELEVANTE ANGABEN

Die Schneider Electric Investment AG hat am 20. März 2020 ein freiwilliges öffentliches Übernahmeangebot an alle Aktionäre der Gesellschaft zum Erwerb sämtlicher ausstehender Aktien der Gesellschaft zu einem Preis von EUR 29,00 je Aktie unterbreitet. Am 10. Juli 2020 hat die Schneider Electric Investment AG den erfolgreichen Abschluss des freiwilligen öffentlichen Übernahmeangebots bekannt gegeben. Alle Abschlussbedingungen wurden zwischenzeitlich erfüllt, einschließlich der am 2. Juli 2020 erhaltenen CFIUS-Genehmigung. Die Abwicklung des freiwilligen öffentlichen Übernahmeangebots wurde damit abgeschlossen.

Im Rahmen des im Juni 2019 getätigten Erwerbs der Building Systems Design Inc. (BSD) mit Sitz in Atlanta/USA, wurden den Verkäufern Verkaufsoptionen bezüglich der bei ihnen verbliebenen Gesellschaftsanteile von 40% an der BSD eingeräumt, die bei Eintritt bestimmter zukünftiger Ereignisse ausgeübt werden konnten. Die Ausübung der Verkaufsoptionen war unter anderem für den Fall vorgesehen, dass bis zum 31.12.2023 ein sogenanntes „Change of Control“-Ereignis auf Ebene der RIB Software SE eintreten würde. Ein Change of Control-Ereignis lag danach vor, wenn eine Partei im Rahmen einer Transaktion oder im Rahmen einer Reihe zusammenhängender Transaktionen, mehr als 50% der Aktien der RIB Software SE übernehmen würde. Die erfolgreiche Durchführung des Übernahmeangebots der Schneider Electric Investment AG stellte ein solches Change of Control-Ereignis dar. Die Höhe des Optionspreises war zeitlich gestaffelt und damit abhängig vom Jahr des Eintritts dieser Bedingung. Für das Jahr 2020 - das Jahr des Abschlusses der Übernahme durch die Schneider Electric Investment AG - ergab sich der Optionspreis aus einem Unternehmenswert von 60 Mio. USD. Für Einzelheiten verweisen wir auf die Darstellung im Konzernanhang, Textziffer (33).

Die Gesellschaft hat im Übrigen keine wesentlichen Vereinbarungen abgeschlossen, die unter der Bedingung für den Fall eines Kontrollwechsels (Change of Control) stehen.

Es bestehen jedoch Entschädigungsvereinbarungen der Gesellschaft, die für den Fall eines Kontrollwechsels mit Geschäftsführenden Direktoren getroffen wurden. Die Mitglieder des Verwaltungsrats und Geschäftsführenden Direktoren Thomas Wolf und Michael Sauer haben für den Fall eines Kontrollwechsels (Change of Control) ein Sonderkündigungsrecht für ihren jeweiligen Anstellungsvertrag. Dieses Sonderkündigungsrecht besteht nur innerhalb eines Monats ab dem Tag der

Abwicklung eines entsprechenden Übernahme- oder Pflichtangebots im Sinne des WpÜG oder, wenn ein solches Angebot nicht stattgefunden hat, ab dem Zeitpunkt, zu dem der tatsächlich stattgefundene Kontrollwechsel bekannt geworden ist. Ein „Kontrollwechsel“ im Sinne dieser Regelung liegt vor, wenn ein Dritter oder mehrere zusammen handelnde Dritte durch den Erwerb von Aktien oder auf sonstige Weise mindestens 30 % der Stimmrechte im Sinne des §§ 29, 35 Abs. 1 S. 1 WpÜG auf sich vereinigt oder eine solche Anzahl von Stimmrechten, die auf einer Hauptversammlung zu einer Mehrheit von mehr als 50 % der auf dieser Hauptversammlung anwesenden oder vertretenen Stimmen geführt hat, und damit gegen die vom Verwaltungsrat vorgeschlagenen Beschlüsse stimmt. § 22 Abs. 1 und 2 WpÜG findet Anwendung. Aufgrund der öffentlichen Übernahme der Gesellschaft durch die Schneider Electric Investment AG wurde die bestehende Change-of-Control-Klausel in den jeweiligen Anstellungsverträgen der Geschäftsführenden Direktoren Thomas Wolf und Michael Sauer angepasst. Ein Sonderkündigungsrecht soll danach künftig innerhalb von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt bestehen, zu dem einem Geschäftsführenden Direktor ein tatsächlich stattgefunderer Kontrollwechsel bekannt geworden ist. Ein Kontrollwechsel in diesem Sinne soll vorliegen, (i) wenn Repräsentanten der Schneider Electric Investment AG bzw. der Schneider Electric SE (d.h. alle neu gewählten Mitglieder des Verwaltungsrats) die Mehrheit im Verwaltungsrat der Gesellschaft stellen und eine Entscheidung im Verwaltungsrat gegen die Stimmen von Thomas Wolf und Michael Sauer gefasst wird, oder (ii) wenn Thomas Wolf und/oder Michael Sauer ohne ihre Zustimmung von der Position des CEO bzw. CFO abberufen oder ihr Zuständigkeitsbereich wesentlich beschränkt wird. Üben Thomas Wolf oder Michael Sauer das Sonderkündigungsrecht aus, so haben sie, wie bereits in der bisherigen Regelung vorgesehen, Anspruch auf eine Abfindung, die dem dreifachen Wert der durchschnittlichen Jahresgesamtvergütung (einschließlich aller flexiblen Vergütungsbestandteile) für die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre der Gesellschaft entspricht.

Zudem verlieren Thomas Wolf und Michael Sauer, wenn sie das vorstehende Sonderkündigungsrecht ausüben, ihre Optionen aus dem Aktienoptionsprogramm 2015 und dem Aktienoptionsprogramm 2020 nicht, sondern können ihre ausübbaeren Optionen und die noch nicht ausübbaeren Optionen, sofern die Erfolgsziele später erreicht werden, innerhalb der allgemeinen Ausübungszeiträume ausüben.